

Ein Riesenabschreiber mit Ansage

Das Felix-Platter-Spital kann seine Investitionen nicht tragen – darunter leiden die Steuerzahlenden. Überrascht sein sollte niemand.

Benjamin Wieland und
Christian Mensch

2019 weihte das Felix-Platter-Spital (FPS) seinen Neubau ein. Die Universitäre Altersmedizin Felix Platter kostete 249 Millionen Franken und blieb damit knapp unter dem Budget. Trotzdem kommt der viergeschossige Bau an der Ecke Luzernerring-Burgfelderstrasse die Steuerzahlenden nun teuer zu stehen. Denn nach drei Jahren Betrieb steht fest: Das Spital ist für die Betreiberin finanziell eine Schuhnummer zu gross.

Jetzt setzt die Spitalführung zusammen mit dem Kanton zum Befreiungsschlag an. Das wurde am Donnerstag an einer kurzfristig einberufenen Medienkonferenz bekannt. Der Neubau soll buchhalterisch um 96,2 Millionen Franken abgewertet werden. Dafür muss der Kanton als Eigner der öffentlich-rechtlichen Anstalt geradestehen. Er reduziert sein Dotationskapital, also seine Beteiligung am Spital, von 92,2 Millionen auf 0. Oder anders ausgedrückt: Die Aktien des Kantons am Spital sind nichts mehr Wert.

Der Regierungsrat will den Fehlbetrag via Rechnung 2022 abwickeln, die sich um 92,2 Millionen Franken verschlechtern wird. Von dem von Finanzdirektorin Tanja Soland prognostizierten Überschuss von 352 Millionen bleiben 260 Millionen.

Am Betrieb liegt es nicht: Betten sind ausgelastet

Am Betrieb liege es nicht, betuerte Thomas Giudici, Verwaltungsratspräsident des FPS, an der Medienkonferenz: Die 300 Betten seien gut ausgelastet, der Neubau geglückt. Rein operativ erziele man vor Steuern, Abgaben, Abschreibungen und Zin-



Lukas Engelberger (links) und Thomas Giudici an der relativ kurzfristig einberufenen PK im Felix-Platter-Spital.

Bild: Nicole Nars-Zimmer

sen eine Gewinnmarge von 8 Prozent. Zusammen mit dem Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger gibt Giudici eine Erzählung zum Besten, wie es dennoch zum Riesenabschreiber kommen konnte: «Es ist schlicht nicht möglich, die Abschreibungen zu stemmen, obwohl wir zu Beginn davon ausgingen», sagte Giudici.

Sein Vorgänger im Amt, Beat Straubhaar, war realistischer. Gegenüber dieser Zeitung hatte er bereits 2016 eingeräumt, dass mit dem ausgewiesenen Erfolg die Zinsen nicht bezahlt werden könnten. Für Giudici ist im vergangenen Jahr nun «etwas pas-

siert, womit wir nicht gerechnet hatten: die Teuerung». Auch die Technik- und Personalkosten seien gestiegen. Die Geschäftsleitung habe erkennen müssen, dass es kaum noch wahrscheinlich sei, sich die Refinanzierung des Neubaus leisten zu können.

Aus heiterem Himmel fielen die Hiobsbotschaften allerdings nicht: Schon in den beiden Jahren zuvor mussten Wertberichtigungen in Höhe von 16 Millionen Franken vorgenommen werden. Weil das ursprüngliche Dotationskapital in Höhe von 108 Millionen Franken nicht mehr gedeckt war, nahm der Kanton schon damals Wertbe-

richtigungen vor. Die Politik hatte dies zur Kenntnis genommen: SP-Grossrätin Michela Seggiani sagte in der Parlamentsdebatte vom Juni 2022, diese Wertberichtigungen seien als «kritisch» zu betrachten.

Das FPS hatte sich nicht nur mit dem Bau in die Bredouille gebracht, sondern auch mit einer teuren IT- und Kommunikationslösung, die nach den Regeln der Rechnungslegung innerhalb von vier Jahren abgeschrieben werden müsse.

Der Regierungsrat hat deshalb schon 2022 vor weiteren tiefroten Zahlen gewarnt. Die Rechnung des Felix-Platter-Spi-

«Es ist nicht möglich, die Abschreibungen zu stemmen.»

Thomas Giudici
Verwaltungsratspräsident, FPS

tals liegt dem Vernehmen nach vor. Publiziert wurden gestern jedoch erst die Eckdaten des Jahresergebnisses 2022. Das Spital hat demnach einen Verlust von 102,1 Millionen Franken eingefahren.

Bei Wertberichtigungen von 96,2 Millionen bleibt ein operativer Verlust von 5,9 Millionen Franken. Ziehe man in Erwägung, sagte Giudici, dass beim Aufwand die Abschreibungen 14,5 Millionen ausmachen würden, habe man eine Vorstellung, wie stark der Neubau die Bücher des Spitals belaste.

«Aus heutiger Sicht vielleicht ein Tick zu gross»

Der Offenbarungseid des FPS vor der Präsentation des Jahresberichts ist politisch begründet: In den nächsten Wochen präsentiert Finanzdirektorin Soland die Rechnung 2022 und wollte nicht erklären müssen, weshalb das Department Engelberger für einen massgeblichen Gewinnabstrich verantwortlich ist.

Lukas Engelberger vermied jegliche Kritik am Spital. Der Neubau sei «grundsätzlich gelungen», obwohl aus heutiger Sicht «vielleicht einen Tick zu gross und zu grosszügig». Allerdings war auch dieser Umstand vorweg bekannt. Als die Finanzierung und der Bau eines Geriatriespitals mit drei Etagen ins Stocken gerieten, wurde überraschend die Option des vierten Stockwerks aus dem Hut gezaubert. Argumentiert wurde mit zusätzlichem Bedarf, was zu noch optimistischeren Businessplänen führte – und damit zu einer scheinbar wieder gesicherten Finanzierung.

Noch im Frühjahr will sich Engelberger im Grossen Rat erklären.

Risiko-Investition Radicant: Landrat tappt weiter im Dunkeln

Das Baselbieter Parlament nimmt die Kantonalkbank zwar in Schutz, doch selbst die Oberaufsicht kennt noch nicht alle Fakten zur Tochter.

Michael Nittnaus

In weniger als einer Woche soll es so weit sein: Die Onlinebank Radicant drängt auf den Markt. Die Tochtergesellschaft der Basellandschaftlichen Kantonalkbank (BLKB) wagt diesen Schritt trotz Turbulenzen. Vor einem Monat hatte der CEO der Radicant, Anders Bally, sich in einem Schreiben an seine Mitarbeitenden despektierlich über Baselbieter Politiker und den Kanton als Ganzes geäussert. Daraufhin wurde er per sofort freigestellt.

Seither tobt eine Debatte über das Risiko der BLKB-Investition in Radicant. Das gibt jenen Stimmen Auftrieb, die sogar einen Verkauf der Kantonalkbank fordern, um nicht mehr an eine Staatsgarantie gebunden zu sein. Zumindest dieses Szenario erhielt an der Landratssitzung vom Donnerstag keine weitere Unterstützung. SP-Landrat Ernst Schürch etwa hielt ein

flammendes Votum: «Für mich ist klar, dass die BLKB nicht verkauft wird. Sie ist und bleibt die Bank des Kantons Basellandschaft und somit die Bank für die Baselbieter Bevölkerung und KMU. Sie ist eine starke und gute Institution, zu der wir Sorge tragen müssen.»

Protokoll wurde für vertraulich erklärt

Auslöser der Landratsdebatte war der Vorstoss von SVP-Fraktionschef Peter Riebli, in dem er von der Regierung Näheres zum Risiko der Beteiligungen der BLKB – mitunter zu Radicant – wissen wollte. Er stellte im Saal klar: «Es geht mir nicht darum, die BLKB zum Verkauf anzupreisen oder schlecht zu machen. Darauf zu achten, dass die BLKB keine übermässigen Risiken eingeht, welche wegen der Staatsgarantie letztlich vom Bürger getragen würden, ist aber unsere Pflicht als Oberaufsicht.» Die Oberaufsicht über die Kantonalk-



Anton Lauber, Finanzdirektor BL.
Bild: Kenneth Nars

bank obliegt der landrätlichen Finanzkommission (Fiko). Diese hatte vor einer Woche Finanzdirektor Anton Lauber sowie die BLKB-Spitze getroffen, um unter anderem endlich präzise Zahlen und Fakten zur Radicant-Investition zu erhalten.

Wie diese aussehen, bleibt aber geheim. Das Protokoll der Kommissionssitzung, in das sonst Fraktionspräsidenten wie Riebli Einsicht nehmen können, wurde für vertraulich erklärt.



Peter Riebli, SVP-Fraktionschef.
Bild: Kenneth Nars

Fiko-Mitglied Fredy Dinkel (Grüne) sagte dazu im Plenum: «Unsere Fragen wurden von der BLKB nur teilweise gut beantwortet. Wir von der Fiko bleiben aber dran.»

Radicant-Businessplan hält Prüfung Stand

Im Landrat holte Regierungsrat Lauber zwar zu einem epischen Monolog aus. Aber ausser der bekannten Zahl, dass die BLKB etwa 70 Millionen Franken in



John Häfelfinger, CEO BLKB.
Bild: Nicole Nars-Zimmer

Radicant investiert hat und dass die Neobank damit rechnet, bis Ende 2026 den Break-even erreicht zu haben, gewährte er keinen Einblick in den Businessplan. Denn: «Es ist ein Hemmnis, dass die BLKB börsennotiert ist. Da muss man etwas aufpassen, was man öffentlich sagt.»

Lauber legte den Fokus stattdessen darauf, zu betonen, wie «hervorragend» und «grundsolide» die BLKB finanziell dastehe. Und er betonte: «Ein Rechts-

gutachten hat gezeigt, dass die Staatsgarantie nicht für die Tochtergesellschaft Radicant besteht.» Zudem dürfe die auf Nachhaltigkeit spezialisierte Digitalbank keine Kredite vergeben. Lauber: «Das ist zentral, denn so ist der Worst Case für den Kanton der Verlust der 70 Millionen Franken an Investitionen.» Auch warb der Finanzdirektor um Vertrauen in den Businessplan von Radicant. Dieser sei von der Revisionsstelle PWC überprüft worden. Deren Bericht bestätige, «dass die Werthaltigkeit der investierten 70 Millionen Franken gewährleistet ist».

Riebli, der selbst nicht in der Finanzkommission sitzt, befriedigten diese Aussagen nicht vollends. Zur bz sagt er: «Ich werde mit Anton Lauber und der BLKB nochmals das Gespräch suchen. Erst wenn ich dort nicht mehr weiterkomme, überlege ich mir politisch weitere Schritte.»